

Vertrag

zwischen

der **Schweizerischen Eidgenossenschaft**  
vertreten durch  
das **Bundesamt für Strassen ASTRA**, 3003 Bern  
(nachfolgend ASTRA genannt)

und

**dem Kanton**  
vertreten durch

(nachfolgend Kanton genannt)

betreffend

NS

UH-km

Objekt-Nr.

Kanton

Gemeinde

Parzellen-Nr.

LVS-Nr.

Unterhalt und Betrieb der Langsamverkehrsfläche

Inventarobjekt-Nr.	BW / TBA	Objektname	Bez.
xx.xx.xx.xxx.xx	Kanton_xxx-xxx	xx	ASTRA
xx.xx.xx.xxx.xx	Kanton_xxx.xx	xx	ASTRA alt
xxx.xx	xxx.xxx	xx	vor NFA

## 1 Gesetzliche Grundlagen

Dieser Vertrag basiert auf folgenden gesetzlichen Grundlagen:

- Bundesgesetz vom 8. März 1960 über die Nationalstrassen (NSG, SR 725.11);
- Nationalstrassenverordnung vom 7. November 2007 (NSV, SR 725.111);
- Bundesgesetz vom 22. März 1985 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer (MinVG, SR 725.116.2);
- Verordnung vom 7. November 2007 über die Verwendung der zweckgebundenen Mineralölsteuer (MinVV, SR 725.116.21).

## 2 Ausgangslage

Mit der Einführung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) wurde das Eigentum an den Nationalstrassen per 1. Januar 2008 auf den Bund übertragen. Bestandteil der Nationalstrassen sind u. a. die Strassenkörper (Art. 2 Bst. a NSV). Soweit Langsamverkehrsflächen baulich zur Fahrbahn gehören (z. B. Radstreifen), bilden diese integrierter Bestandteil der Fahrbahn und sind dementsprechend Bestandteile der Nationalstrassen. Sind die Langsamverkehrsflächen jedoch baulich abgeschieden (z. B. Radwege, Trottoirs) bilden sie nicht Bestandteile der Nationalstrassen.

Der Bund kann sich an den Kosten für den Unterhalt und Betrieb der Nationalstrassen nur beteiligen, wenn es sich entweder um Bestandteile der Nationalstrasse handelt, oder wenn eine Anlage der Nationalstrasse dient (Art. 8 und 9 MinVV).

Beim vorliegenden Bauwerk (Anlage des Langsamverkehrs) handelt es sich **nicht** um einen Bestandteil der Nationalstrasse. Der Bund kann sich somit nicht an den Kosten des Unterhalts und Betriebs beteiligen.

Die Anlage des Langsamverkehrs befindet sich jedoch auf einem Grundstück im Eigentum des Bundes. Auf die grundbuchliche Eigentumsübertragung wird verzichtet.

Mit diesem Vertrag soll die Eigentumsabgrenzung und damit die Zuständigkeit für den Betrieb und Unterhalt sowie das Vorgehen bei Arbeiten am Objekt unter Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen geregelt werden.

## 3 Objektbeschreibung / Abgrenzungen

## 4 Eigentumsverhältnisse

Die Anlagen des Langsamverkehrs befinden sich auf der/den Parzelle(n) der Gemeinde(n) .  
Das/die Grundstück(e) befindet(n) sich grundbuchlich im Eigentum des Bundes.

ggf. eingetragene Baurechtsverträge usw. aufführen.

In teilweiser Abänderung dieser grundbuchlichen Regelung wird festgehalten, dass sich die Anlagen des Langsamverkehrs (Ziffer 3) im Eigentum des Kantons befindet.

## 5 Zuständigkeiten / Kostentragung für den Unterhalt und den Betrieb

Die Vertragsparteien sind verantwortlich für den fachgerechten Unterhalt und Betrieb ihres Eigentums. Sie tragen die Kosten vollumfänglich selber.

## 6 Informationsaustausch

Der gemäss Ziffer 5 Verpflichtete informiert den Vertragspartner über allfällige Mängel und insbesondere bei geplanten Unterhaltsarbeiten über den Unterhaltsbedarf sowie über den Stand der Arbeiten.

Vorgängig zur Planung und Arbeitsvergabe ist unter Vorbehalt dringlicher Arbeiten der Vertragspartner über die geplanten Arbeiten sowie die daraus resultierenden Kosten anzuhören. Der Verpflicht-

tete hat insbesondere dafür zu sorgen, dass der Vertragspartner bei allfällig geplanten Arbeiten seine Bedürfnisse einbringen kann und in der Lage ist, die notwendigen finanziellen Mittel zur Kostenbeteiligung bereit zu stellen.

## **7 Haftung**

### **7.1 Zwischen den Vertragsparteien**

Für den Schaden infolge Nichterfüllung oder nicht richtiger Erfüllung dieses Vertrags haftet der jeweils durch diesen Vertrag Verpflichtete.

### **7.2 Gegenüber Dritten**

Die Haftung gegenüber Dritten richtet sich ausschliesslich nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen.

Die Vertragsparteien verpflichten sich, die gerichtlichen Verfahren und die aussergerichtlichen Verhandlungen zu führen soweit sich Ansprüche Dritter gegen sie richten (beispielsweise in ihrer Eigenschaft als Werkeigentümer).

Soweit der geltend gemachte Schaden durch Nichterfüllung oder nicht richtige Erfüllung dieses Vertrags der anderen Partei entstanden ist, steht der beklagten Partei ein Rückgriffsrecht zu.

Ist die beklagte Partei der Ansicht, dass ein allfälliger Schadenersatz ganz oder teilweise gemäss Ziffer 7.1 durch die andere Partei zu tragen ist, so ist diese unter Einräumung der Gelegenheit zur Stellungnahme umgehend und laufend über das Verfahren zu informieren.

Im gegenseitigen Einverständnis kann die Verhandlungsführung an die andere Partei delegiert werden.

## **8 Übertragung**

Unter Vorbehalt anderslautender gesetzlicher Bestimmungen kann dieser Vertrag nur im schriftlichen Einverständnis beider Parteien auf einen Dritten übertragen werden.

## **9 Vertragsänderungen**

Für die Änderung dieses Vertrages bedarf es der schriftlichen Form. Dies gilt auch für die Aufhebung dieses Schriftlichkeitsvorbehalts.

Die Vertragsparteien verpflichten sich, bei einer allfälligen baulichen Änderung / Umgestaltung / Ausbau des Objekts oder wenn sich die Situation aus anderen Gründen (neue tatsächliche Verhältnisse, Änderung der gesetzlichen Vorschriften) wesentlich verändert hat, gemeinsam und partnerschaftlich eine einvernehmliche Lösung zur Anpassung dieser Vereinbarung zu suchen.

## **10 Veröffentlichung, Information und Transparenz der Verwaltung**

Gestützt auf das Bundesgesetz vom 17. Dezember 2004 über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung (BGÖ, SR 152.3) ist die Bundesverwaltung verpflichtet, der Öffentlichkeit den Zugang zu amtlichen Dokumenten zu gewährleisten. Der Kanton nimmt davon Kenntnis und akzeptiert, dass der vorliegende Vertrag sowie alle damit verbundenen amtlichen Dokumente der Öffentlichkeit auf Anfrage zugänglich gemacht werden können.

## **11 Streitigkeiten**

Unter Vorbehalt von Ziffer 9 legen die Vertragsparteien Streitigkeiten nach Möglichkeiten durch Verhandlungen bei. Im Übrigen ist das Bundesgesetz vom 17. Juni 2005 über das Bundesverwaltungsgericht (VGG, SR 173.32) anwendbar.

## **12 Inkrafttreten und Dauer**

Dieser Vertrag tritt sofort in Kraft und gilt für die Lebensdauer der Langsamverkehrsflächen.

### **13 Anhänge**

Die folgenden Anhänge bilden ein integrierter Bestandteil dieses Vertrags:

- Situationsplan
- Grundbuchplan
- Bauwerksskizze
- Fotodokumentation

Dieser Vertrag wurde in zweifacher Ausführung ausgefertigt. Je ein Exemplar befindet sich bei den Vertragsparteien.

**Für das ASTRA**

.....	.....
Hans Muster	Name
Leiter Filiale Thun	BL Erhaltungsplanung

Ort und Datum	Ort und Datum
---------------	---------------

.....	.....
-------	-------

**Für den Kanton**

.....	.....
Name	Name
Funktion	Funktion

Ort und Datum	Ort und Datum
---------------	---------------

.....	.....
-------	-------

# Situationsplan

# Grundbuchplan

# Bauwerksskizze



# Fotodokumentation